

## V6 Der Tierschutzplan war erst der Anfang - keine Massentierhaltung in Brandenburg

Antragsteller\*in: Silvia Bender

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge Verschiedenes

1 Mit der Haltung von Nutztieren ist eine große ethische Verantwortung verbunden.  
2 Die durchrationalisierte Haltung in Tierfabriken ohne angemessene Rücksicht auf  
3 körperliche und seelische Grundbedürfnisse, nach Bewegung, Auslauf an der  
4 frischen Luft, Kontakt mit dem Muttertier, Streu etc. kann dieser Verantwortung  
5 aus unserer Sicht nicht gerecht werden. Deshalb setzen wir uns seit Langem für  
6 ein Ende der Massentierhaltung in Brandenburg ein. Dabei ringen wir vor allem  
7 mit der SPD, die unter Agrarminister Jörg Vogelsänger den Ausbau industrieller  
8 Tierhaltung gezielt vorantreibt.

9 An unserer Seite wissen wir dagegen viele Brandenburgerinnen und Brandenburger,  
10 über 100.000 hatten 2016 ihre Stimme für das „Volksbegehren gegen  
11 Massentierhaltung“ abgegeben. Auch wegen der hohen Hürden der Volksgesetzgebung  
12 in Brandenburg hat das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg nach  
13 intensiven Verhandlungen einen Kompromiss mit der Landesregierung geschlossen.  
14 Dieser wurde im April 2016 vom Landtag angenommen. Seither drängen das  
15 Aktionsbündnis außerparlamentarisch und die bündnisgrüne Fraktion im Landtag auf  
16 konsequente Umsetzung des Kompromisses.

17 Zwei Jahre später fällt die Zwischenbilanz gemischt aus:

- 18 • der Agrarminister unterstützt weiterhin unverdrossen die Agrarindustrie.  
19 Die Zahl der industriellen Tierplätze ist seit 2013 ununterbrochen  
20 gewachsen, die Ausbaupläne der Geflügelschlachthöfe in Königs Wusterhausen  
21 oder Storkow treiben dies noch voran
- 22 • bis heute sind nicht einmal alle Forderungen des Kompromisses umgesetzt.  
23 Bauministerin Kathrin Schneider etwa weigert sich, mehr Mitsprache für die  
24 Kommunen bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen auch nur zu prüfen.
- 25 • ein hauptamtlicher Tierschutzbeauftragter wurde eingesetzt, schweigt  
26 bisher aber öffentlich zu den immer wiederkehrenden Skandalen
- 27 • bei der Förderpolitik gab es nur minimale Verbesserungen, noch immer ist  
28 die Förderung riesiger Ställe mit öffentlichen Geldern möglich.

29 Das Kernstück des Kompromisses, der Tierschutzplan, wurde im Dezember 2017  
30 vorgelegt. Dem gingen eine ganze Reihe von Blockade- und Verzögerungsmanövern  
31 der SPD sowie intensive Verhandlungen zwischen dem Aktionsbündnis und der  
32 Industrie voraus. Auch wenn wir den Tierschutzplan als Kompromiss des  
33 Kompromisses kritisch sehen – unser Dank und Respekt geht an alle, die hinter  
34 verschlossenen Türen und gegen den Willen des SPD-Agrarministers für mehr Tier-  
35 und Umweltschutz verhandelt haben.

36 Der nun vorgelegte Tierschutzplan enthält eine Vielzahl unterschiedlich  
37 konkreter Empfehlungen. Besonders mangelhaft ist er beim Schutz der Tiere mit  
38 den geringsten Haltungsstandards, den Puten. Das von uns geforderte Kupierverbot  
39 von Geflügelschnäbeln und Schweineschwänzen ist in schwacher Form enthalten.

40 Eine deutliche Verbesserung der konventionellen Tierhaltung können dagegen die  
41 von uns geforderten und nun im Tierschutzplan auch enthaltenen  
42 „Demonstrationsbetriebe“ bringen. Insgesamt würde die konsequente Umsetzung  
43 dieses Tierschutzplans die Haltung für Millionen von Tieren deutlich verbessern  
44 - wir werden daher bei aller Kritik auf eine solche Umsetzung drängen.

45 Zugleich ist für uns klar: Der Tierschutzplan ist nur der Anfang. Auch wenn  
46 nicht alles in Brandenburg entschieden werden kann: Das was geht, wollen wir  
47 tun, um dem Ausbau der Massentierhaltung endlich zu stoppen. Dazu gehört:

- 48 1. die Umsetzung der offenen Punkte aus dem Kompromiss zum Volksbegehren,  
49 etwa zum Baurecht oder zur Düngung
- 50 2. die Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzverbände  
51 (Verbandsklagerecht)
- 52 3. die Aufstockung des Personals in den Genehmigungsbehörden
- 53 4. die Stärkung des Brandschutzes in Tierställen, damit auch in der  
54 Rechtspraxis die Rettung von Tieren im Brandfall möglich ist
- 55 5. die weitere Umstellung der Förderpolitik: Öffentliche Gelder kann es nur  
56 noch für mehr Tierwohl und einen gesellschaftlichen Mehrwert geben, etwa  
57 für Weidehaltung, ökologische Tierhaltung oder alternative Formen wie die  
58 mobile Freilandhaltung und -Schlachtung. Die Gelder sind da, sie müssen  
59 nur umverteilt werden.
- 60 6. Unterstützung der Initiativen auf Bundesebene für die Einführung einer  
61 Fleischkennzeichnung, zur Antibiotikareduzierung und für eine  
62 ambitionierte Nutztierstrategie zum Umbau der Tierhaltung hin zu  
63 tiergerechten Haltungsformen in ganz Deutschland

## Begründung

### Begründung

Wie gehen wir mit unseren Nutztieren um? Welche Art der Landwirtschaft wollen wir? Diese Fragen sind mit dem von uns unterstützten Volksbegehren gegen Massentierhaltung oben auf der politischen Agenda in Brandenburg angekommen. Die bisherigen Fortschritte, etwa gegen die Schweinemastanlage in Haßleben oder den Mega-Schlachthof von Wiesenhof in Königs Wusterhausen, machen Mut – zeigen aber auch, wie lang der Weg zu einer tiergerechten, ökologischen und fairen Landwirtschaftspolitik in Brandenburg noch ist. Für uns kann der Tierschutz nur der Anfang sein, der Anfang vom Ende der Massentierhaltung.

## Unterstützer\*innen

Benjamin Raschke, LAG Landwirtschaft; Jan Sommer, LAG Landwirtschaft; Henrike Rieken, LAG Landwirtschaft; Heike Volkmer, LAG Landwirtschaft; Johann Lütke Schwienhorst, LAG Landwirtschaft; Friedhelm von Mering, KV Barnim; Benjamin Perry, KV Potsdam Mittelmark; Prof. Dr. Franz Conraths, KV Ostprignitz- Ruppin; Marianne Frey, KV Teltow-Fläming; Joachim Hilburg, KV Potsdam-Mittelmark;

Martin Kühne, KV Cottbus; Clemens Rostock, KV Oder-Spree; Michael Luthardt, KV Barnim; Karsten Wundermann, KV Oberhavel; Sascha Maier, KV Uckermark